



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn
- 9. JAN. 1959

Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0896890

P/XIV/6 - 8. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Entblätterte Hallstein-Doktrin Zum Konsular-Austausch Kairo-Pankow	60
2	Militarisierung der französischen Nation Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris	35
3 - 4	Studenten und Konföderation Von Helmut Schmiat, MdB	69
5	Minister Oberländer hat Bedenken ... Wie vor einem Jahr: 400 000 Flüchtlinge leben in Lagern	43
6	Polen ohne deutschsprachige Zeitung Breslauer Wochenzeitung "Die Woche in Polen" eingegangen	52
7	Post und Kunst Ein Brief Dr. Arndts, MdB, an den Postminister	48

* * *
* * *

Entblätterte Hallstein-Doktrin

sp - Der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt und jetzige Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Hallstein, hat nach seinem Weggang aus Bonn eine böse Erbschaft hinterlassen, an deren Folgen die Bundesrepublik noch lange zu tragen haben wird. Als eiserne Maxime trug er seinen Nachfolgern auf: Wer Pankow diplomatisch anerkennt, beschwört den Zorn Bonns herauf. Jugoslawien hat diesen Zorn der Bundesregierung voll zu spüren bekommen, als Belgrad es für opportun hielt, in diplomatische Beziehungen mit Pankow zu treten. Bonn brach die Brücke zu Belgrad ab und gab sich damit der Möglichkeit eines Beobachterpostens in einem kommunistisch regierten Land, in einem für die Weltpolitik so wichtigen Land, wie es Jugoslawien ist. Das Bonner Auswärtige Amt vertraute in der Folgezeit auf die abschreckende Wirkung dieses Abbruchs diplomatischer Beziehungen auf andere Staaten. Auf welchen schwankenden Grundlagen beruhte doch dieses Vertrauen! Als zweiter Staat ist nun dem jugoslawischen Beispiel - allen Bonner Warnungen zum Trotz - der selbstbewußte und vielumworbene Herrscher an Nil gefolgt, wobei es in der Sache wirklich keinen Unterschied macht, wenn es zunächst zwischen Kairo und Pankow "nur" zur Errichtung von gegenseitigen Konsulaten kommt. Ob andere arabische oder asiatische Staaten dadurch ermutigt werden, das Gleiche zu tun, dürfte sich wohl in nicht allzu langer Zeit herausstellen.

Für Bonn ist der Grotewohl-Erfolg in Kairo eine herbe Enttäuschung, die als Brückierung empfunden wird. Wochen vor dem Grotewohl-Besuch ließ die Bundesregierung recht laut vernehmen, auch sie beabsichtige, mit einem 200 Millionen D-Mark-Kredit sich am Bau des Assuan-Dammes zu beteiligen. Der Glanz dieses Millionen-Kredits reichte jedoch nicht aus, um Nasser von seinem schon lange beabsichtigten Schritt abzuhalten. Die bundesrepublikanischen Unterhändler sind immer noch in Bonn, der ägyptische Diktator hat es gar nicht eilig, sie zu empfangen ...

Wo bleibt nun der Nutzen einer Doktrin, auf die Bonn so fest baute? Was als eiserne Abschirmung gegen eine Wiederholung des Belgrader Sündenfalles erdacht worden war, erweist sich nun als ein Farnstein, in das Bonn selbst gerät. Was ist das für eine Politik, die empfiehlt, daß der Tugendhafte abzutreten hat, wenn der Bösewicht auf der Bühne erscheint? Die Bonner Außenpolitik, heute von Ratlosigkeit gekennzeichnet, wurde das Opfer einer Bewegung, die andere Kräfte ausgelöst haben. Die Hallstein-Doktrin, zu falscher Zeit verkündet, am falschen Ort angewandt, von falschen Voraussetzungen ausgehend, ist eine untaugliche politische Methode, den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung in den militärisch nicht gebundenen Ländern zu fördern und den Einzug Pankows in andere Hauptstädte zu verhindern.

Noch im Herbst des vergangenen Jahres konnte sich die Bonner Außenpolitik in einer scheinbar unangreifbaren Position; wie schnell ist doch diese Illusion im Zusammenprall mit der Wirklichkeit verschwunden. Die Väter der Hallstein-Doktrin glaubten, sie könnten mit dem an Belgrad statuierten Exempel die politische Haltung der nichtkommunistischen Staaten zur Bundesrepublik für immer festlegen, sie übersahen aber, daß diese Staaten nach eigenen Interessen handeln und sich von Bonner Drohungen nicht davon abhalten lassen, wie Kairo beweist. Wird Bonn nun wie seinerzeit Belgrad seinen Botschafter aus der Metropole des Eils zurückziehen? Oder wird es sich mit einem ohnmächtigen Protest begnügen? Was auch immer als Reaktion auf Nassers Schritt erfolgen mag, hebt nicht die Notwendigkeit einer schmerzlichen Überprüfung der bisherigen Konzeption des Bonner Auswärtigen Amtes auf. Von der politischen Bühne eines Landes abzutreten, nur weil es in diplomatischen Beziehungen mit Pankow steht oder solche aufzunehmen gedenkt, ist keine Antwort auf eine Entwicklung, in der Pankow mit mächtiger Rückenstärkung versucht, auf internationalem Felde zur Geltung zu kommen.

Militarisierung der französischen Nation

Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris

Die französische Wehrreform ist mindestens so umstürzend wie die Wirtschafts- und Finanzreform. Sie ist nicht nur innenpolitisch ein sehr wesentlicher Faktor zur Militarisierung der Nation, sondern könnte "fernwirkend" die demokratischen Freiheiten auch in anderen europäischen Ländern belasten, insbesondere in denjenigen, die sich mit Frankreich zur kleineuropäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen haben.

Während der Belagerungszustand laut Artikel 37 der neuen Verfassung wohl dekretiert, nach 12tägiger Dauer aber nur mit Zustimmung des Parlaments verlängert werden kann, ist jetzt die Möglichkeit des sogenannten "Warnzustandes" eingeführt worden, der von der Regierung ohne jede parlamentarische Zustimmung für unbestimmte Zeit verhängt werden kann. Das bedeutet eine zusätzliche Waffe in den Händen eines autoritären Regimes, denn der "Warnzustand" ist nur eine Variante des Belagerungszustandes.

Alle Franzosen im Alter von 17 bis 60 Jahren werden, dem gleichen Dekret zufolge, dienstpflichtig, entweder direkt in der Armee oder im sogenannten Verteidigungsdienst. Alle Bewohner fallen jetzt unter direkte militärische Kontrolle. Die Dienstzeit erstreckt sich auf 17 Jahre, fünf Jahre im Aktivdienst, 12 Jahre in der Reserve. Bei Verhängung des "Warnzustandes" oder allgemeiner Mobilmachung können die Dienstpflichtigen in eigenen Abteilungen zusammengefasst (als Beispiel gilt offensichtlich der "Volkssturm" unseligen Angedenkens) und der Militärgerichtsbarkeit unterworfen werden. Auch die Mobilmachung der Frauen ist vorgesehen.

Atombombendrohung und Bürgerkriegsdrohung sind eingestandenermassen die Beweggründe dieses Dekrets; die Isolierung breiter Zonen durch Atomangriffe oder durch die "Aktion aufrührerischer Elemente" ist vorgesehen. Die Erinnerung an den französischen Zusammenbruch des Jahres 1940 spielt mit: ein Land ohne Regierung, mit flüchtenden Menschenmassen auf den Landstrassen. Das Dekret ist aber nicht nur für den Kriegsfall, sondern auch im Falle von Massenstreiks anwendbar: Requirierung streikender Arbeiter, militärische Brechung von inneren Widerständen. Die Erfahrungen des Indochina- und des Algerienkrieges standen hier Pate ... + + +

Studenten und "Konföderation"

Zum Ausgang des Westberliner Studentenkongresses wegen Atomrüstung schreibt der Hamburger Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt:

Wer ernsthaft den Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage nachgrübelt, für den darf weder die NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik, weder ihre atomare Bewaffnung noch die Nichtanerkennung Pankows ein unumstößliches Dogma bleiben. Er wird bereit sein müssen, sie zu "verhandeln". Wer nicht bereit ist, dies einzusehen, wer NATO-Mitgliedschaft und Atomrüstung "über alles" stellt, wer nicht bereit wäre, die Frage des Friedensvertrages ernsthaft in Erwägung zu ziehen, mit dem wäre selbst in der bittersten Krise der Deutschland-Frage eine gemeinsame Politik kaum denkbar. Und ein "Eurgfrieden" wäre dann auf die Dauer eine Verkleisterung tiefer Widersprüche.

Etwas "verhandeln" heißt aber: daß beide Teile etwas geben, damit auch beide etwas bekommen. In den vergangenen Jahren war zum Beispiel der Westen in der Deutschland-Frage nicht bereit, genug zu geben. Deshalb hat er auch nichts bekommen können. Auch der Osten war nicht bereit, genug zu geben. Deshalb hat er auch nichts bekommen können.

Wir alle hoffen, daß die aus der Bedrohung Berlins resultierende Krise zur Aufrollung der gesamten Deutschland-Frage geführt wird - und darüber hinaus zur Aufrollung auch der nach allgemeineren Abrüstungs- und Atom-Kontroll-Probleme, die bisher zwischen den beiden Weltmächten stehen. Diese Aufrollung ist nur möglich, wenn beide Teile bereit sind, zu geben, auf daß sie etwas erhalten: quid pro quo. Damit Verhandlungen in Gang kommen, muß der Westen dem Osten zeigen, was er bereit ist, zu geben, und was er dafür verlangt und umgekehrt. Und diese Verhandlungsgrundlagen müssen so beschaffen sein, daß sie dem anderen nicht von vornherein unannehmbar erscheinen.

Die Verhandlungsgrundlage, die Chruschtschow für Berlin angeboten hat, war unannehmbar. Seine Noten ließen aber im übrigen gleichwohl eine Hoffnung, daß Verhandlungen über das Deutschland-Problem

im ganzen möglich seien. In dieser Lage darf keine von beiden Seiten auf ihren alten, unzureichenden - weil vom Partner nicht akzeptierbaren - Positionen stehen bleiben, weder der Westen auf der Forderung "Freie Wahlen zuerst", noch der Osten auf der Forderung "Konföderation zunächst". Die Ausgangspositionen müssen einander angenähert werden. Mit Recht schrieb deshalb Helmut Kalbitzer in seinem so stark angefeindeten "Vorwärts"-Artikel über die Ulbrichtsche Konzeption einer Konföderation: "Natürlich ist dieser Vorschlag schlecht ... Wir müssen uns also einen besseren Plan für das Wiedertzusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands ausdenken und ihn dann zum Gegenstand von Verhandlungen machen".

Was man aber nicht tun darf: aus Verzweiflung nur plötzlich die alten Positionen der Gegenseite als Verhandlungsgrundlage akzeptieren. So ist zum Beispiel die Bereitschaft, auf eine stufenweise "Konföderation" einzugehen, doch überhaupt nur denkbar, wenn damit auch die Gegenleistung erlangt wird, auf eine Regelung der Zufahrtswege und Verbindungen West-Berlins einzugehen.

An diesem Punkte lag der politisch nicht tragbare Irrtum der Mehrheit des Berliner Studenten-Kongresses gegen die Atomrüstung. Ein Kongreß, auf dem Boden der in ihrer Freiheit aktuell bedrohten Stadt Berlin tagend, der sich nicht dazu verstehen wollte, in seinen Entschlüssen ein Wort zur Lage dieser Stadt zu sagen, der durfte nicht andererseits - ohne eine Plenardebatte darüber zuzulassen - dem Westen die Ulbrichtsche Wiedervereinigungsformel als Verhandlungsgrundlage empfehlen. Die große Zahl der Studenten hat dies - im Gegensatz zu einer kleineren Gruppe von Drahtziehern - sicherlich nicht überblickt, eben weil über die unstrittene EntschlieÙung vor ihrer Annahme nicht debattiert worden ist. Deshalb sollte man auch die ganze Affäre nicht allem sehr dramatisieren.

Ein Gutes hatte die Sache nämlich auch, weil sie dem deutschen Zeitungsleser klargemacht hat, was ich auf dem Kongreß in meiner Erklärung so ausgedrückt habe:

Es ist sehr sinnvoll, sorgfältig zu prüfen, ob die Formel "mit Pankow reden wir nicht" weiterhin für richtig gehalten werden kann. Es ist sehr notwendig, sorgfältig zu prüfen, in welcher Form und auf welchen Wegen eine Normalisierung der Verhältnisse der beiden deutschen Teile zueinander erreicht werden kann.

Aber - wie gesagt: beide Teile müssen etwas geben, wenn ein für beide Teile annehmbares Ergebnis erreicht werden soll. + + + 5

Minister Oberländer hat Bedenken

-ck. Auch ein Kabinett Adenauer hat seine Rebellen und seine Nonkonformisten. Freilich: meistens bleiben sie mitten in ihrem Wasserglas-Sturm stecken, lassen sich unter sanftem Druck auf die Generallinie zurückführen, sich entschuldigend, es ja gar nicht so böse gemeint zu haben. Nicht nur Herr Schäffer - auch Herr Oberländer ist so ein Rebell.

Angesichts des Fleisses, mit dem sein Kollege, der Bundeswohnungsbauminister, das Streben der Regierung vorwärtstreibt, auch für Wohnungen die freie Marktwirtschaft einzuführen und Zweckbindungen aufzulockern, sind dem Bundesvertriebenenminister herbe Bedenken gekommen. Gerade noch frisch beeindruckt vom Besuch eines Flüchtlingslagers, sagte er vor der Presse diese goldenen Worte: "Ich habe in diesem Lager gesehen, dass noch immer teilweise bis zu acht Menschen verschiedenen Geschlechts und Alters auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen. Ich kann mich daher nicht damit einverstanden erklären, dass die für den Flüchtlingswohnungsbau bestimmten Sondermittel ihren Zweck entzogen und in den Eintopf des sozialen Wohnungsbaus geworfen werden".

Das hört sich gut an. Tatsächlich werden für Flüchtlinge bestimmte Wohnungsbaugeselder für andere Zwecke verwandt, und, geht es nach den Plänen Minister Lückes, dann werden alle Zweige des sozialen Wohnungsbaus mehr und mehr verdrängen. Schlimmer noch ist das Vorhaben, die Wohnungsbewirtschaftung aufzuheben und die Mieten freizugeben. Kann Minister Oberländer auch dagegen mit Erfolg opponieren?

Im Februar vorigen Jahres setzte sich der Bundesvertriebenenminister auf einer Tagung in Kassel für eine strengere Wohnraumbewirtschaftung ein - später schwächte er seine Äußerungen ab. Optimismus wechselte inzwischen mehrmals mit Pessimismus und umgekehrt. Vor einem Jahr sagte der Minister auch, die Bundesrepublik laufe Gefahr, den Kampf um die materielle Eingliederung der Flüchtlinge zu gewinnen und den um die "seelische Eingliederung" zu verlieren. Geblieben ist nur die traurige Tatsache: heute wie damals leben noch 400 000 Menschen in Lagern. Und Staatssekretär Nahr aus dem Bundesvertriebenenministerium seufzt: es würden, selbst wenn weiter soviel Mittel für den Flüchtlingswohnungsbau bereitgestellt werden könnten wie im Vorjahr, mindestens noch drei bis vier Jahre vergehen, bis man an einen Abbau der Lager und Notunterkünfte denken könnte.

Das ist die traurige Wirklichkeit, die - allein auf die Situation der Flüchtlinge bezogen - das Geflücker widerlegt, als seien wir schon über den Wohnungsmangel-Berg. Herrn Minister Oberländer wünschen wir für seinen Kampf um die Flüchtlingsunterbringung viel Glück und Erfolg. Ob er ihn besser durchsteht als in der Vergangenheit - das ist leider sehr die Frage.

Polen ohne deutschsprachige Zeitung

(rh) Die in Breslau als Nachfolgerin der im April des Vorjahres eingestellten Tageszeitung "Arbeiterstimme" erschienene Wochenzeitung "Die Woche in Polen" hat mit der Doppelnnummer zu Weihnachten und zum Jahresende ihr Erscheinen eingestellt. Nach einer Mitteilung der Redaktion ist durch die ständige Abwanderung der deutschen Bevölkerung (aus den deutschen Ostgebieten) die Zahl der Leser so stark abgesunken, daß die Zeitung auch als Wochenblatt nicht mehr zu halten war. Damit gibt es im heutigen Polen keine deutsche Zeitung mehr für die dort noch lebenden Deutschen, während in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Rumänien weiterhin deutsche Zeitungen erscheinen.

Von der "Woche in Polen", die in der Breslauer Gewerkschaftsdruckerei hergestellt wurde, sind ab Anfang Mai insgesamt 35 Nummern erschienen. Das Wochenblatt war nur ein unzureichender Ersatz für die frühere Tageszeitung "Arbeiterstimme", die im Frühjahr 1951 zuerst als Wochenzeitung gegründet worden war und mit zwei Ausgaben (für Niederschlesien und Pommern) herauskam. Zwei Jahre später erschien sie dreimal wöchentlich und dann als Tageszeitung mit einer Höchstaufgabe von 36.000 Exemplaren.

Beim Übergang zur Tageszeitung erhielt die "Arbeiterstimme" einen neuen Chefredakteur in der Person des polnischen Journalisten und Schriftstellers Bronislaw Wianicki, der in Lemberg noch in dessen österreichischer Zeit geboren wurde, in Lemberg, Krakau und Wien studiert hat und die deutsche Sprache in Wort und Schrift fließend beherrscht. Wianicki gehörte von früher Jugend der sozialistischen Jugendbewegung und der sozialdemokratischen Partei an und gab in Lemberg nach dem ersten Weltkrieg eine literarische Zeitschrift heraus. Nach dem deutschen Einmarsch verbrachte er lange Zeit in einem Lemberger KZ, das man für polnische Intellektuelle eingerichtet hatte. Als nach Kriegsende Ostgalizien mit Lemberg der Sowjetukraine einverleibt wurden, ging Wianicki nach Warschau und Breslau, doch durfte er sich während des stalinistischen Kurzes nicht publizistisch betätigen. Sein Ausbau der "Arbeiterstimme" wurde ihm die Chefredaktion übertragen, weil man (mit Recht) von ihm annahm, daß er das meiste Verständnis für die Probleme der noch in den deutschen Ostgebieten lebenden Deutschen aufbringen werde.

Die offensichtliche Absicht des Warschauer Regimes, durch die "Arbeiterstimme" auf die Deutschen dahin einzuwirken, daß sie in ihrer Masse das Land nicht verlassen, konnte die Zeitung nicht mehr erfüllen. Immerhin sah die Redaktion ihre Aufgabe darin, sich um alle Angelegenheiten der Deutschen zu kümmern und sie der polnischen Öffentlichkeit und den maßgebenden zentralen und lokalen polnischen Stellen oft in sehr energischer und eindringlicher Weise näher zu bringen. Davit hat sich die Zeitung den Ruf erworben, lange Zeit die einzige Stelle gewesen zu sein, die sich um die sozialen und kulturellen Besorge der Deutschen praktisch kümmerte.

Chefredakteur Wianicki besuchte vor zwei Jahren die Bundesrepublik und zeigte sich dabei als ein Publizist, der es verständlich erscheinen ließ, daß in Polen von der heute maßgebenden Generation neue Wege gesucht werden, um der Rolle des polnischen Volkes als eines politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mittlers zwischen West und Ost in Europa gerecht zu werden. Da er selbst Vertriebener aus Ostgalizien ist, steht er der Problematik des Schicksals der deutschen Heimatvertriebenen aufgeschlossen gegenüber, ohne allerdings der Illusion zu verfallen, daß Kriegsfolgen ohne ein gemeinsames zukunftsträchtiges Konzept überwunden werden könnten.

8. Januar 1959

Post und Kunst

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt schrieb an den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Herrn Richard Stücklen, folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Mit Ihrem Brief vom 19. Dezember 1958 übermittelten Sie allen Bundestagsabgeordneten die Stellungnahme der Bundespost zur Herausgabe der Wohlfahrtsmarken 1958. Diese Stellungnahme muss befremden. Gegen die Wohlfahrtsmarken 1958 hat nicht allein der Deutsche Kunsterrat, sondern haben auch die Akademie der Künste, der Deutsche Werkbund und andere berufene Stellen Bedenken erhoben. Von "Anwürfen" und von einer Unsachlichkeit dieser Kritik kann keine Rede sein. Die Abwertung der Kritiker als "dünne Schicht" erinnert in pejorischer Weise an die Redewendung von der "rauchdünnen Schicht". Auch handelt es sich nicht um einen Streit nur über eine Kunstrichtung oder bloss um "Geschmack", sondern es geht darum, dass von berufener und dazu legitimierter Seite die Wohlfahrtsmarken 1958 als in ihrer künstlerischen und kulturellen Qualität minderwertig befunden sind. Es mag sein, dass die Marken trotzdem grossen Zuspruch und wirtschaftlichen Erfolg gehabt haben. Darin aber eine Art Plebiszit der "urteilsfähigen Mehrheit der Öffentlichkeit" sehen zu wollen, lässt eine gefährliche Verwirrung der Maßstäbe erkennen.

Mit dem gleichen Unrecht würde man auf einen kulturellen Wert von "Bestsellern" des Buchmarktes oder von Kassenschlagern der Film-erzeugung schliessen dürfen. Ist denn, da Kitsch zu jeder Zeit zu gefallen pflegt, der materielle Effekt Richtschnur, um angebliche Volksnähe und um kulturelle Werte beurteilen zu können? Eine solche Art der scheinbaren Gemeinsamkeit und angeblichen Volksnähe wird in der Sowjetunion für den sogenannten "progressiven Realismus" gefordert, wie denn auch die Vorbilder dieser Marken im Moskauer Tretjakow-Museum ihren Platz finden könnten. Der ideelle Schaden, der dadurch zugefügt wird, wiegt schwerer als der augenblickliche materielle Erfolg, so wünschenswert er sein und einem so guten Verwendungszweck er zugeführt werden mag. Lediglich vom Gesichtspunkt des Erfolges aus könnte die Post ihre Marken mit gefälligen Abbildungen von Brigitte Bardot, Elvis Presley oder Bill Haley zieren; Absatz und Ertrag wären sicher gewaltig. Die Post hätte ihre Pflicht darin sehen sollen, die aus ernster Sorge von berufener Seite vorgebrachte Kritik sorgfältig zu erwägen, nicht aber ihr mit demagogischen und popularitätshaschenden Schein-Argumenten in diffamierender Weise zu begegnen.

Das vernünftige, wenn gewisse auch nicht leicht erreichbare Ziel sollte sein, Marken zu schaffen, die sowohl Freude für jedermann bereiten als auch den Maßstäben künstlerischer Gestaltung zu genügen. Mit der Spekulation auf das billige Vergnügen am Kitsch ist es nicht getan, auch wenn sie gerade schnell die Kassen füllt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

gez. Dr. Arndt

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler